

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

03.08.2020

Ausschussbetreuender Fachbereich

Jugend und Soziales

Schriftführung

Miriam Tomechna

Telefon-Nr.

02202-142865

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Donnerstag, 28.05.2020

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:13 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe TOP Ö 1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 16.01.2020**
0181/2020
- 4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
0219/2020

- 6 Budget des Integrationsrates**
0118/2020
- 7 Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0161/2020
- 8 Änderung der Wahlordnung für die Wahl zum Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach**
0108/2020
- 9 Treffpunkt PAULA: Ein neuer Begegnungsort für den Stadtteil Heidkamp**
0035/2020
- 10 Teilfinanzierung der "Anlauf und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)"**
0253/2020
- 11 Anträge der Integrationsratsmitglieder**
- 11.1 Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach am Programm des Landesintegrationsrates "10+1 Bäume für die Opfer des NSU"**
0127/2020
- 12 Anfragen der Integrationsratsmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Basyigit eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Er stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Integrationsrates, die fehlenden Mitglieder (siehe Anwesenheitsliste) sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Basyigit lässt darüber abstimmen, ob die Tagesordnung um die Tischvorlage zu TOP Ö10 „Gewährung einer Zuwendung in Höhe von 3.000 Euro aus Mitteln des Integrationskonzeptes für das Projekt „Anbe - Anlauf- und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Flüchtlingsfrauen“ des Vereins „Frauen helfen Frauen e.V.“ erweitert wird. Die ursprüngliche Bezeichnung des TOP Ö10 lautete: „Gewährung einer Zuwendung in Höhe von 10.000 Euro [...]“.

Der Integrationsrat beschließt einstimmig, die Tagesordnung um die Tischvorlage zu erweitern.

Teilnehmerverzeichnis:

Aufgrund der pandemischen Lage wurden die anwesenden Teilnehmer/innen von der Schriftführerin wie folgt erfasst:

Integrationsratsmitglieder:

Basyigit, Saim
Dresbach, Erich
Holz-Schöttler, Brigitte
Karakus, Senel
Ljura, Adnan
Münzer, Mechtli
Reudenbach, Elvira
Samirae, Frank
Schacht, Rolf-Dieter
Tollih, Redouan

Verwaltung:

Bodengesser, Frank
Koppe, Monika
Mrziglod, Nicole
Tillmann, Christiane
Tillmann, Uwe
Tomechna, Miriam

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift der vergangenen Sitzung wird mit einer Enthaltung genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 16.01.2020**
0181/2020

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. **Mitteilungen des Vorsitzenden**

Herr Basyigit bedankt sich bei allen Religionsgemeinschaften für die rücksichtsvolle und gewissenhafte Durchführung ihrer Feierlichkeiten unter den erschwerten Bedingungen der derzeitigen epidemischen Lage.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
0219/2020

Herr Tillmann (Verwaltung) bittet um Verständnis, dass aufgrund der derzeitigen Lage, sowie dem längerfristigen krankheitsbedingten Ausfall der Integrationsbeauftragten Chahbari, Anfragen aus den letzten Sitzungen leider nicht zeitnah bearbeitet werden können.

Des Weiteren steht aktuell die Vorbereitung der kommenden Integrationsratswahl im Vordergrund. Die Ziele sind, sowohl Kandidaten zu gewinnen als auch möglichst viele Bürger zur Teilnahme an den Wahlen zu motivieren. Frau Mrziglod (Verwaltung) berichtet, dass sie dafür eine Werbestrategie entwickelt habe, die auch in Zeiten von Corona - wo persönliche Informationsveranstaltungen derzeit nicht in Frage kommen - umgesetzt werden kann. Zuerst wurde ein Flyer mit dem Slogan „Deine Stimme - Dein Gesicht“ bzw. „Ihre Stimme - Ihr Gesicht“ gestaltet. Die Erstellung auch in der „Du-Ansprache“ wurde gewählt, um explizit jüngere Kandidaten und Wähler anzusprechen.

Des Weiteren werden spezifische Akteure wie Vereine oder Religionsgemeinschaften mit der Bitte um Unterstützung bei den Wahlen angeschrieben, um im Besonderen Kandidaten zu gewinnen. Natürlich wird in Zusammenarbeit mit dem Pressebüro in der Presse Werbung für die Wahl gemacht. Zusätzlich wird erwogen, allen Wahlberechtigten den Flyer per Post zu schicken. Herr Tillmann ergänzt, dass der Landesintegrationsrat diese Woche eine Website zu den Integrationsratswahlen veröffentlicht hat (www.integrationsratswahlen.nrw), und dass deren Kampagne sehr der von Frau Mrziglod entwickelten ähnelt.

Als nächstes berichtet Herr Tillmann, dass zwei vom Integrationsrat finanziell geförderte Projekte leider eingestellt werden mussten. Zum einen das Projekt „Powerfrauen“, weil sich die beiden betreuenden Fachkräfte nun andere Projekte durchführen sowie das „Mentoren-Projekt“, weil dem Träger - die ev. Kirchengemeinde Stadtmitte – die benötigten finanziellen Mittel fehlen.

6. **Budget des Integrationsrates**
0118/2020

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7. **Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0161/2020

Frau Tillmann (Verwaltung) berichtet, dass sich die Umzüge zur Stilllegung der Containersiedlung Lückerrath aufgrund der epidemischen Lage verzögert haben. Aktuell sind in der Unterkunft noch 13 Personen untergebracht, die aber voraussichtlich in der nächsten Woche umziehen können. Danach kann mit dem Abbau der Unterkunft begonnen werden.

8. Änderung der Wahlordnung für die Wahl zum Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
0108/2020

Herr Bodengesser (Verwaltung) berichtet, dass aus Sicht des Landesbeirats die Kommunalwahl einen höheren Stellenwert hat und daher vom Land NRW weniger Unterstützung bei der Werbung für die Integrationsratswahlen zu erwarten sein wird. Er betont, dass es deshalb notwendig sein wird, dass die Integrationsratsmitglieder die Werbetrommel intensiv rühren müssen. Die fehlende Unterstützung seitens des Landes könnte auch Konsequenzen für die Wahlbeteiligung haben: so darf im Wahllokal kein Hinweis ausgehangen werden, dass auch die Stimmabgabe für die Integrationsratswahl möglich ist. Der Grund lautet, dass der Wähler im Wahllokal unbeeinflusst entscheiden können soll, für welche Wahlen er Stimmen abgeben möchte. Daher ist es wichtig, dass im Vorfeld der Wahlen ausreichend auf die Wahl zum Integrationsrat aufmerksam gemacht wird.

Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt aktuell 17.570. Darunter fallen 11.404 Ausländer, 6144 Doppelstaatler und 22 Optionsdeutsche. Damit liegt die Zahl um ca. 4000 Wahlberechtigte höher als bei der letzten Wahl im Jahr 2014.

Des Weiteren beruhen die vorgenommenen Anpassungen der Wahlordnung auf dem Gedanken einer Parallelität der Wahlen zum Integrationsrat mit der zur allgemeinen Kommunalwahl. Herr Basyigit (Vorsitzender) ergänzt, dass die Wahlordnung in dieser Fassung auch vom Landesintegrationsrat empfohlen und unterstützt wird.

Außerdem spricht Herr Bodengesser die Problematik an, dass es eine geringe Zahl von eingebürgerten Personen geben kann, die erst nach ihrer Einbürgerung nach Bergisch Gladbach gezogen sind, die nicht vom Wählerverzeichnis erfasst werden können. Der Grund dafür ist, dass eine Einbürgerung explizit im Einwohnermelderegister vermerkt werden muss. Jedoch wird dieses Merkmal nicht von allen Gemeinden in Deutschland gleichermaßen gepflegt. Deshalb wird dieses Merkmal bei der Datenübermittlung zwischen den Städten und Gemeinden nicht immer ‚mitverschickt‘. Im Ergebnis sind diese Personen dann nur noch mit ihrer deutschen Staatsbürgerschaft erfasst, aber nicht mehr mit dem Hinweis, dass sie eingebürgert wurden.

Danach erläutert Herr Bodengesser, dass aber eine Software existiert, mit welcher diese Problematik nahezu vollständig beseitigt werden könnte. In der Sitzung erwähnt Herr Bodengesser, dass diese Software ca. 5000€ kosten würde. Daraufhin fassen die Mitglieder des Integrationsrats den Beschluss, eine Empfehlung an die Verwaltung auszusprechen, die Software anzuschaffen.

Anmerkung der Schriftführerin: Am Tag nach der Sitzung konnte sich mit der Kommunalen Datenzentrale geeinigt werden, dass die eben benannte Software kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Herr Karakus merkt an, dass bei der letzten Wahl das Problem bestanden hätte, dass viele Wahlberechtigte nicht vom Wählerverzeichnis erfasst gewesen wären und daher auch keine Wahlbenachrichtigung erhalten hätten. Er fragt, ob die Verwaltung sich nun darum gekümmert hätte, diesen Fehler zu beheben. Herr Bodengesser antwortet, dass es sich dabei nicht um einen Fehler gehandelt habe. Aufgrund der eben beschriebenen Umstände war es der Stadt Bergisch Gladbach bisher einfach nicht möglich, diese wenigen Personen im Wählerverzeichnis zu erfassen.

Jedoch besteht für Wahlberechtigte, die keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben immer die Möglichkeit, sich nach Vorlage der entsprechenden Unterlagen ins Wählerverzeichnis eintragen zu lassen. Mit ihrem Anliegen können sie sich an das Wahlbüro wenden.

Herr Karakus stellt die Frage, wie hoch die Anzahl der Personen dieser Nicht-Erfassung sein wird. Herr Bodengesser antwortet, dass er die Zahl auf weniger als 200 Personen schätzt.

Herr Tollih stellt die Frage, ob sich aufgrund der Corona-Situation der Zeitplan für die Vorbereitungen der Wahlen verändert hat und ob bei der Versendung der Briefwahl-Unterlagen Verzögerungen zu erwarten sind. Herr Bodengesser antwortet, dass sich bisher keine Änderungen am Zeitplan und keine Verzögerungen bei der Briefwahl ergeben haben.

Desweiteren erläutert Herr Bodengesser, dass voraussichtlich morgen (am 29.05.2020) vom Land das „Gesetz zur Durchführung der Kommunalwahlen 2020“ verabschiedet wird, welches unter anderem beinhaltet, dass sich die Fristen für die Kommunalwahl verändern. Die in dieser Vorlage beabsichtigten Änderungen der Wahlordnung sollten dazu führen, dass sich auch die Fristen der Integrationswahl wieder an die der Kommunalwahl angleichen sollten. Daher empfiehlt Herr Bodengesser, dass die Wahlordnung nochmals geändert oder eine Übergangssatzung erlassen wird, damit dieses Jahr die Fristen beider Wahlen endgültig übereinstimmen.

Herr Basyigit lässt darüber abstimmen, ob der Integrationsrat die Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss ausspricht, die Wahlordnung nochmals zu ändern bzw. eine Übergangssatzung zu erlassen. Die Mitglieder sprechen sich einstimmig dafür aus.

Anmerkung der Schriftführerin: Das Gesetz wurde vom Landtag am 29.05.2020 erlassen. Die entsprechende Vorlage für eine Übergangssatzung wird in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.06.2020 eingebracht.

Herr Dresbach (SPD) meint, dass bei der Seniorenbeiratswahl die Beteiligung der ausländischen Mitbürger sehr gering gewesen sei. Er möchte wissen, ob wegen dieser Erfahrung besondere Maßnahmen für die Integrationsratswahl geplant seien. Herr Bodengesser antwortet, dass die Wahlbeteiligung insgesamt sehr gering ausgefallen ist, jedoch nicht gesagt werden kann, ob die Beteiligung von ausländischen Mitbürgern tatsächlich besonders gering war. Herr Bodengesser erläutert, dass, obwohl für die Seniorenbeiratswahl eine große Werbeaktion durchgeführt wurde, die Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorherigen Wahl gesunken ist. Daher erscheint es für ihn fraglich, ob eine solche Werbeaktion nochmals durchgeführt werden sollte.

9. Treffpunkt PAULA: Ein neuer Begegnungsort für den Stadtteil Heidkamp 0035/2020

Frau Münzer (CDU) teilt mit, dass es die Überlegung gibt, die Anlaufstelle AnBe ebenfalls im Treffpunkt PAULA unterzubringen. Sie möchte wissen, wie weit der Planungsstand diesbezüglich ist. Herr Tillmann (Verwaltung) antwortet, dass der Umzug für den 24.06.2020 geplant ist.

Herr Basyigit fragt, warum die Anlaufstelle aus dem genutzten Domizil ausziehen soll. Herr Tillmann antwortet, dass sich diese Räumlichkeiten in einer Flüchtlingsunterkunft befinden und aktuell benötigt werden, um die Stilllegung der Flüchtlingsunterkunft in Lückerrath realisieren zu können.

10. Teilfinanzierung der "Anlauf und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)" 0253/2020

Herr Basyigit weist darauf hin, dass die Vorlage als Tischvorlage (siehe Anlage 1 der Niederschrift) ausgeteilt wurde. Zudem hat sich die in der Tagesordnung genannte Höhe der Zuwendung von 10.000 Euro auf 3.000 Euro geändert.

Herr Tillmann (Verwaltung) erläutert, dass sich im September 2019 bei der Planung des Weiterbetriebs (1-jährig) eine Deckungslücke von 19.000 Euro ergeben hatte. Diese Finanzierungslücke konnte durch eine Spende in Höhe von 13.000 Euro sowie einen Zuschuss aus den Mitteln des Integrationskonzepts in Höhe von 3.000 Euro geschmälert werden. Der Träger der Anlaufstelle - Frauen helfen Frauen e.V. - war sich damals sicher, den restlichen Betrag von 3.000 Euro durch weitere Spenden decken zu können. Leider konnte dies bisher nicht realisiert

werden, sodass die Anlaufstelle ohne die beantragte Zuwendung nur noch bis Ende Juni betrieben werden könnte.

Aktuell laufen intensive Bemühungen, die Finanzierung der Anbe für ein weiteres Jahr bis September 2021 sicherzustellen.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Gewährung des Zuschusses für die Fortführung der „Anlauf und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)“ aus Mitteln des Integrationskonzeptes wird zugestimmt. Der Zuschuss bis zum Ende der Laufzeit der Maßnahme beträgt 3.000 Euro.

11. Anträge der Integrationsratsmitglieder

11.1. Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach am Programm des Landesintegrationsrates "10+1 Bäume für die Opfer des NSU" 0127/2020

Herr Basyigit erläutert, dass sein Antrag auf einem Projekt des Landesintegrationsrats beruht. Dafür sollen 10 + 1 Bäume gepflanzt werden - zehn Bäume für die zehn Opfer des NSU und ein Baum für alle anderen, zum Teil unbekannt, Opfer rassistischer Angriffe. Es gibt bereits einige Städte, die dieses Projekt umgesetzt haben. Leider wurden mancherorts die Bäume wieder zersägt - dies zeigt, wie wichtig es ist, ein Statement zu geben, und dass das Projekt die Thematik wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken kann.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Stadtrat der Stadt Bergisch Gladbach wird gebeten, die Errichtung einer Gedenkstätte für die aktuellen Opfer, die durch rechtsextremistische Angriffe zu Tode gekommen sind, umzusetzen. Die Gedenkstätte würde lediglich aus 11 neugepflanzten Bäumen und einer Gedenkplakette bestehen.

12. Anfragen der Integrationsratsmitglieder

Frau Holz-Schöttler (SPD) erläutert, dass bekanntermaßen die Schulen derzeit geschlossen sind und die Schüler zuhause lernen müssen. Dabei wird bei den Schulen meist das Vorhandensein eines PC vorausgesetzt. Leider verfügen viele Schüler nicht über diese Voraussetzung. Frau Holz-Schöttler möchte wissen, wie viele Schüler mit Migrationshintergrund davon betroffen sind und welche Möglichkeiten es gibt, diese zu unterstützen.

Frau Mrziglod (Verwaltung) antwortet, dass dies in den Flüchtlingsunterkünften abgefragt und festgestellt wurde, dass dort keine PCs vorhanden sind. Jetzt sei zumindest geplant, im Treffpunkt PAULA die Möglichkeit zu bieten, dass Schüler mehrmals die Woche an PCs ihre Hausaufgaben erledigen können.

Frau Münzer (CDU) berichtet, dass in der Flüchtlingsunterkunft in Moitzfeld kein Schüler einen PC besitzt. Den Schülern kann zwar über Umwegen die per Email versandten Hausaufgaben zur Verfügung gestellt werden, jedoch haben sie keinerlei Möglichkeit, Fragen zu stellen oder nach Erklärungen zu recherchieren. Frau Münzer ergänzt, dass sich jedoch einige Förderungsmöglichkeiten zur Anschaffung von PCs eröffnet haben und bittet die Verwaltung darum, diese auszuschöpfen.

Frau Holz-Schöttler schlägt der Verwaltung vor, zu Spenden von Geräten aufzurufen. Jedoch muss natürlich auch noch die Problematik gelöst werden, dass Schüler in den Unterkünften über keinen Internet-Zugang verfügen.

Herr Samirae erwähnt, dass das Problem bei Geräte-Spenden ist, dass die Aufbereitung von alten und längere Zeit ungenutzten Computern sehr zeitaufwendig ist und diese in der Regel auch über eine schwache zu schwache Leistung verfügen, sodass sie für moderne Software, die benötigt wird um zum Beispiel Videokonferenzen abzuhalten, nicht genutzt werden können. Herr Samirae fügt hinzu, dass durch finanzielle Spenden und Fördermittel die Beschaffung von Neugeräten kein Problem darstellt. Die gerechte Verteilung von Geräten müsste einheitlich geregelt werden. Des Weiteren ist der Zeitpunkt der Beschaffung wichtig; die Schüler bräuchten die Geräte jetzt, um den Stoff nachholen zu können, nicht erst nach den Sommerferien, wenn die Schulen wieder geöffnet sind.

Frau Münzer ergänzt, dass bei dem Erhalt eines PCs auch eine Einführung in den sachgerechten Umgang mit dem Gerät wichtig ist.

Herr Tollih erläutert, dass vor einem halben Jahr in der Sitzung des ABKSS bereits ein Medienentwicklungsplan thematisiert wurde. Es wurde dabei festgestellt, dass den Schulen die personellen und finanziellen Mittel fehlen, um diesen umzusetzen. Beispielsweise können die Lehrkräfte nicht mit dem Medium und den Medien umgehen oder die Schulen verfügen nicht über die geeigneten Internetzugänge. Gerade jetzt sei es aber wichtig, dass die geplanten Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden.

Daher sollten die Fraktionen besonderen Wert darauf legen, die notwendigen Prozesse zu beschleunigen, die schon vor einem halben Jahr geplant wurden. In anderen Kommunen gäbe es bereits Projekte, bei denen Kinder mit Tablets ausgestattet wurden, die sie sowohl in der Schule als auch zuhause nutzen können.

Frau Münzer merkt an, dass im Hauptausschuss nächste Woche (am 03.06.2020) die Ausstattung von Schülern mit Tablets auf der Tagesordnung steht.

Herr Samirae erwähnt, dass eine Zeitung berichtet habe, dass sich die Kommunen schwer tun, Fördermittel vom Bund für den Breitbandausbau zu beantragen und zu verwenden, was unter anderem auch den Schulen zugute kommen würde. Er möchte wissen, ob die Stadt Bergisch Gladbach in den letzten 2-3 Jahren solche Bundesfördermittel beantragt und bewilligt bekommen hat, oder ob dies zumindest geplant ist.

Der Vorsitzende Herr Basyigit beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:12 Uhr.

Herr Basyigit
Vorsitzender

Frau Tomechna
Schriftführerin